

Zum Teil ein Drittel weniger Verkehr

Homeofficepflicht, geschlossene Läden und Freizeiteinrichtungen: Das alles hat man im letzten Jahr auch auf den Strassen gemerkt. Jetzt zeigen offizielle Zahlen des Kantons, wie gross der Rückgang war. Eine Fortbewegungsart hat aber deutlich zugelegt.

Zeno Geisseler

SCHAFFHAUSEN. Auch wer letztes Jahr ins Homeoffice verbannt wurde, kam nicht umhin, ab und an das Haus zu verlassen, etwa um zum Einkaufen zu fahren oder für einen Arzttermin. Deutlich ruhiger war es in den Fussgängerzonen, aber auch auf den Strassen. Diese Einschätzung ist natürlich subjektiv, doch sie wird nun von offiziellen Zahlen untermauert. Der Kanton Schaffhausen hat diese Woche die Verkehrszahlen 2020 vorgelegt, und sie zeigen einen klaren Trend: nach unten.

Das Verkehrsaufkommen auf den Strassen des Kantons wurde vor allem in der ersten Jahreshälfte 2020 von den Auswirkungen der Coronapandemie beeinflusst, teilt der Kanton mit. «Je nach Messstelle liegen die Werte 2020 bis zu 30 Prozent unter den Messergebnissen des Jahres 2019. Wie erwartet, wirkte sich die Coronapandemie somit stark auf den Strassenverkehr aus.»

Gezählt wird der Verkehr auf den Kantonsstrassen an insgesamt 14 permanenten Messstellen für den motorisierten Verkehr und an fünf Punkten für die Velos. Zudem gibt es periodische Messungen an weiteren Punkten.

Auch weniger Steuergelder

Im April waren die Folgen des Lockdowns auf die Verkehrsnachfrage besonders gut sichtbar. Die Messergebnisse lagen hier gemäss Kanton teilweise um bis zu 50 Prozent unter denen des gleichen Vorjahresmonats. Dies führte auch insgesamt zu niedrigeren Jahreswerten. Je nach Messstelle liegen die Werte 2020 bis zu 30 Prozent unter den Messergebnissen des Jahres 2019. Auch mit einem ganz anderen Messwert wird der Rückgang bestätigt: bei der Mineralölsteuer. Diese ging laut Kanton gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent zurück. Wo weniger gefahren wird, muss auch weniger getankt werden.

Sehr stark spürbar waren die Corona-Einschränkungen an den Grenzübergängen. Diese waren nie komplett geschlossen. Für den Güterverkehr war die Einfahrt stets möglich, ebenso für Grenzgänger. Und doch war es auf den sonst so vollen Strassen bisweilen wie ausgestorben. Als die SN am 15. März, dem Tag, als Deutschland die Grenzen zur Schweiz schloss, für eine Reportage in Thayngen am Zoll waren, kam minutenlang kein einziges Auto.

Die Verkehrszählungen des Kantons bestätigen den Rückgang: Auf der Nord-Süd-Achse zwischen Thayngen und Schaffhausen sei der Einfluss des Lockdowns auch



Täglich rund 19 000 Fahrzeuge benutzen den neuen Galgenbuckeltunnel.

BILD ROBERTA FELE



15. Juni 2020 am Grenzübergang Thayngen.

BILD ROBERTA FELE



Ab aufs Velo: Vor allem in der zweiten Tageshälfte und am Wochenende war dies die Devise.

BILD MELANIE DUCHENE

aufgrund der geschlossenen Grenze nach Deutschland im März und April mit einem Rückgang von rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich, heisst es in der Mitteilung. Am Zoll Thayngen betrug das Minus fast ein Viertel. Auf der Neutalbrücke der A4 (ehemals J15) lag das Minus bei rund 20 Prozent. Zwischen den Anschlüssen

Mutzentäli und Schaffhausen-Nord ging der Verkehr um rund zehn Prozent auf etwa 25 500 Fahrzeuge zurück. Am Anschluss Schweizersbild wurden täglich rund 7 700 Fahrzeuge gezählt, das ist ein Rückgang von etwa neun Prozent. Somit fuhren dort so wenige Autos wie zuletzt im Jahr 2011. Noch stärker war der Rückgang

auf der Zollstrasse in Neuhausen, also auf der Strecke von und nach Jestetten. Dort ging der Verkehr um fast 30 Prozent zurück. Dies überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass der Einkaufstourismus während Monaten nicht erlaubt war und auch viel weniger Leute die Strasse als Transitstrecke zum Flughafen Zürich unter die Räder nahmen. An den Grenzübergängen Wilchingen-Unterneuhaus, Ramsen und Stein am Rhein betrug der Rückgang zwischen knapp zehn und gut 16 Prozent.

Mehr Autos als im Gotthardtunnel

Es gab aber nicht nur coronabedingte Veränderungen des Verkehrsaufkommens: Im Dezember 2019 war nach Jahrzehnten des Wartens der Galgenbuckeltunnel in Betrieb genommen worden. Dieser dient dem Verkehr vom und ins Klettgau als Umfahrung von Neuhausen, und der gut 1100 Meter lange Tunnel wurde fleissig genutzt. Der Verkehr auf der Ortsdurchfahrt von Neuhausen (Klettgauerstrasse, Schaffhauserstrasse «Katzensteig») ging gemäss Kanton um etwa 50 Prozent zurück. Durch den Galgenbuckeltunnel fahren durchschnittlich 19 000 Fahrzeuge pro Tag – dies sind rund 1500 Autos und Lastwagen mehr, als den Gotthardtunnel benutzen.

Bemerkenswert ist, dass das Verkehrsaufkommen auf der West-Ost-Verbindung zwischen dem Klettgau und der Stadt Schaffhausen trotz Corona sogar noch ganz leicht zugenommen hat (+0,1 Prozent). Eine Erklärung dafür kann der Kanton rein aufgrund der Verkehrszählungen nicht liefern.

Beim Veloverkehr stellte das kantonale Tiefbaureferat eine zeitliche Entwicklung fest. Während sich die Zahlen am Morgen kaum verändert haben, zeigt sich nachmittags, abends sowie an Wochenenden eine bedeutende Zunahme. Am Sonnenwegli zwischen Neuhausen und Schaffhausen hat der Veloverkehr um elf Prozent zugenommen. Auf dem eher touristisch geprägten Klettgau-Radweg Nr. 77 waren es laut Kanton sogar 33 Prozent. Bei der Zählstelle an der Kantonsstrasse in der Engi wurden sogar rund 39 Prozent mehr Velos erfasst. Einzig auf dem vorwiegend touristisch genutzten Veloweg in Hemishofen verkehrten leicht weniger Velos als im Vorjahr. Dies dürfte auch hier an den teilweise geschlossenen Grenzen zu Deutschland liegen. Im Juli und September fuhren auf diesem Radroutenabschnitt dagegen je 9 000 Velos mehr als im Vorjahr und der Spitzentag erhöhte sich um 350 auf rund 2 400 Velos.

Erneute Meldungen über «falsche Polizisten»

Bei der Schaffhauser Polizei sind erneut Meldungen über telefonische Betrugsversuche von «falschen Polizisten» eingegangen. Die Schaffhauser Polizei ruft zur Vorsicht auf. Sie schreibt in einer Mitteilung, dass die Betrüger frei erfundene Geschichten von Einbrüchen oder Überfällen in der Nachbarschaft erzählen. Ziel sei es, an Geld oder Wertgegenstände der Angerufenen zu kommen.

Um sich vor solchen Anrufern zu schützen, rät die Polizei Folgendes: Keine persönlichen Daten, Finanzinformationen oder Passwörter teilen und nie auf Geldforderungen eingehen. Stattdessen Rücksprache mit Personen aus dem persönlichen Umfeld nehmen, sich nicht unter Druck setzen lassen und umgehend die Polizei informieren. Dabei sei es wichtig, die Verbindung zu verdächtigen Anrufern vollständig zu trennen, einen Moment zu warten und dann die Polizei unter 052 624 2424 oder 117 zu kontaktieren. Jüngere Generationen werden aufgerufen, ihre älteren Mitmenschen zu informieren. (jve)

Heydecker schraubt an Juso-Initiative

Schaffhausen erhält eines der schärfsten Transparenzgesetze der Schweiz. So hat es das Stimmvolk vor einem Jahr entschieden. Doch jetzt gibt es nochmals Widerstand – aus der FDP.

Regula Lienin

Wer wählt, will heute mehr über die Finanzierung von Politikampagnen und Interessenverbindungen wissen als früher. In Bern hat der Nationalrat diese Woche über den indirekten Gegenschlag zur eidgenössischen Transparenzinitiative beraten. Der Kanton Schaffhausen ist in dieser Frage bereits einen Schritt weiter: Im Februar vor einem Jahr hat das Schaffhauser Stimmvolk der Juso-Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung» mit 53,8 Prozent zugestimmt.

Auf einen Gegenvorschlag hatte der Regierungsrat verzichtet. Die Folge: Das Volk nahm eine Initiative an, die weit geht. Ihre Bestimmungen seien als die striktesten in der ganzen Schweiz zu betrachten, hiess es in der Einladung zur

Vernehmlassung im Herbst. So sind beispielsweise anders als in anderen Kantonen nicht nur die Spenden von juristischen, sondern auch von natürlichen Personen explizit erwähnt.

FDP-Kantonsrat Christian Heydecker will die Frage der Umsetzung nochmals grundsätzlich diskutieren. Diese Woche hat er die Motion «Mehr Transparenz – aber mit Augenmass» beim Kantonsrat eingereicht.

Volkswille nicht missachtet

Die Motion verlangt eine andere Formulierung des Artikels 37a der Kantonsverfassung: «Wer sich an Wahlen und Abstimmungen beteiligt, die in die Zuständigkeit von Kanton und Gemeinden fallen, hat die Finanzierung dieser Aktivitäten offenzulegen.» Das Gesetz regle Form, Umfang, Publikation und Kontrolle der Offenlegung. Der Antrag ist damit begründet, dass der Verfassungsartikel im Initiativtext zu eng und zu detailliert abgefasst sei. Sprich: Mit einer offeneren Formulierung soll mehr Spielraum für eine «sachgerechte Regelung» im Gesetz entstehen.

«Es geht um den bürokratischen Aufwand, und nicht darum, die Transparenz

auszuhebeln», betont Christian Heydecker. Eine Missachtung des Volkswillens sei dies nicht, sondern das Gegenteil. Er wolle das Volk nochmals befragen. «Das ist ein demokratisches Vorgehen.»

Für Heydecker wurde in Fragen wie dem Schwellenwert, der Kontrolle oder dem jährlichen Rechenschaftsbericht der Parteien über das Ziel hinaus geschossen. Ähnlich sahen es auch seine Fraktionskolleginnen und -kollegen, von denen acht die Motion mitunterzeichnet haben.

Warten auf Genehmigung aus Bern

Seit der Annahme vor einem Jahr hat sich hinter den Kulissen einiges getan: Der neue Verfassungsartikel 37a liegt – wie er im Initiativtext ausformuliert war – bei den Parlamentskammern in Bern zur Genehmigung vor. Im November lud die Staatskanzlei Schaffhausen zur Vernehmlassung zum neu ausgearbeiteten Transparenzgesetz ein. An dieser beteiligten sich laut dem stellvertretenden Staatsschreiber Christian Ritzmann 30 Parteien, Gemeinden und Organisationen mit «einer Reihe von Anträgen und Einwendungen». Derzeit

werden die Vernehmlassungsantworten aufbereitet und dem Regierungsrat noch diesen Monat vorgelegt. Wann genau die konkrete Gesetzesvorlage in den Kantonsrat kommt, ist offen. Dies gilt auch für die Motion.

Hitzige Diskussion zu erwarten

Schon jetzt zeichnet sich eine hitzige Diskussion im Parlament ab. Im Zuge der Vernehmlassung hiess es, der Regierungsrat habe versucht, eine pragmatische und möglichst einfach umsetzbare Lösung vorzulegen. «Ich stelle in Frage, ob das, was er vorgelegt hat, verfassungsrechtlich zulässig ist», sagt Christian Heydecker.

Auch die Initianten geben sich kämpferisch. Wie die Juso Schaffhausen auf ihrer Website schreibt, erwartet sie vom Regierungsrat, dass ihre Ideen aufgenommen und im Gesetzesentwurf umgesetzt werden. Stefan Lacher, einer der Urheber der Initiative und heute SP-Kantonsrat, hat die Eingabe der Motion noch nicht verdaut. Er ist empört, dass vorbeugend und korrigierend in die laufende Gesetzgebung eingegriffen wird. «Ich erwarte vom Kantonsrat, dass er den Volkswillen respektiert», sagt er.